

Stand: 30.07.2010 23:07:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/112

"Gemeinschaftsunterkünfte an der Rosenheimer Straße und an der Waldmeisterstraße in München"

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer, Markus Blume** und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer, Julika Sandt und **Fraktion (FDP)**

Gemeinschaftsunterkünfte an der Rosenheimer Straße und an der Waldmeisterstraße in München

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. wenn die Vorwürfe über Missstände in den Gemeinschaftsunterkünften an der Rosenheimer Straße und an der Waldmeisterstraße in München berechtigt sind, diese dann unverzüglich zu schließen und die Bewohnerinnen und Bewohner der Containerunterkünfte in der Rosenheimer Straße 242 und Waldmeisterstraße 98 anderweitig menschenwürdig und möglichst unterkunftsnah unter Wahrung der Sozialstrukturen unterzubringen,
2. im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit darzulegen, nach welchen Kriterien den Bewohnerinnen und Bewohnern dabei eine private Wohnsitznahme gestattet werden kann,
3. im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit zu berichten,
 - inwieweit die Anregungen und Forderungen, die im Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik im Juli diesen Jahres zur Situation in der Gemeinschaftsunterkunft an der Waldmeisterstraße gestellt worden sind (z.B. Kinderbetreuung und größere Räumlichkeiten für Familien mit Kindern) umgesetzt wurden und
 - nach welchen Kriterien die Miethöhe für die jeweilige Einrichtung gestaltet wird.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer, Markus Blume** und **Fraktion (CSU),**

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer, Julika Sandt und **Fraktion (FDP)**

Drs. 16/112

Gemeinschaftsunterkünfte an der Rosenheimer Straße und an der Waldmeisterstraße in München

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. wegen der Missstände in den Gemeinschaftsunterkünften an der Rosenheimer Straße und an der Waldmeisterstraße in München, diese schnellstmöglich zu schließen und die Bewohnerinnen und Bewohner der Containerunterkünfte in der Rosenheimer Straße 242 und Waldmeisterstraße 98 anderweitig menschenwürdig und möglichst unterkunftsnah unter Wahrung der Sozialstrukturen unterzubringen,
2. im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit darzulegen, nach welchen Kriterien den Bewohnerinnen und Bewohnern dabei eine private Wohnsitznahme gestattet werden kann,
3. im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit zu berichten,
 - inwieweit die Anregungen und Forderungen, die im Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik im Juli diesen Jahres zur Situation in der Gemeinschaftsunterkunft an der Waldmeisterstraße gestellt worden sind (z.B. Kinderbetreuung und größere Räumlichkeiten für Familien mit Kindern) umgesetzt wurden und
 - nach welchen Kriterien die Miethöhe für die jeweilige Einrichtung gestaltet wird.

Die Präsidentin

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließung von Containerunterkünften für Asylbewerberinnen, Asylbewerber und Flüchtlinge (Drs. 16/101)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU),

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer u. a. u. Frakt. (FDP)

Gemeinschaftsunterkünfte an der Rosenheimer Straße und an der Waldmeisterstraße in München (Drs. 16/112)

Ich mache darauf aufmerksam, dass wir am Ende jeweils eine namentliche Abstimmung haben werden, eine auf Begehren der GRÜNEN und eine auf Begehren der CSU. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Ackermann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie uns einmal gemeinsam einen Blick in die real existierende Welt von Flüchtlingen werfen. Stellen Sie sich zwei doppelstöckige Container vor, in denen circa 200 Menschen leben. Diese Container sind alt, sie sind in einem maroden Zustand. Familien mit vier Personen sind in einem Raum von 12,5 m² zusammengepfercht. Es gibt fünf Kochplatten für circa 50 Menschen auf einer Etage. Davon funktionieren drei nicht. In dieser Unterkunft müssen die Menschen, um sich ihr Essen zubereiten zu können, Schlange stehen. Die Ratten laufen in der Küche umher. Die Ratten nagen Löcher in die Trennwände aus Pressspan. Die Ratten dringen in die Schlafräume der Bewohner ein, sie verbreiten Dreck und sie fressen Lebensmittelvorräte an. Man hat versucht, die Ratten zu vergiften. Die Tiere haben sich dann unter die Container verzogen und sind dort verendet. Der Gestank, der von den Kadavern ausgeht, ist unerträglich.

Die Außentüren der Container schließen nicht. Die Menschen leben in ständiger Angst. Die Aggression in den Containern wächst ständig. Vorletzte Woche wurde ein Mann von einem Mitbewohner erstochen. All das ist das Szenario einer Wohnunterkunft, nicht irgendwo in einem Flüchtlingslager der Dritten Welt, nein, es ist eine sogenannte Gemeinschaftsunterkunft in München, in der Rosenheimer Straße. Diese Zustände gibt es mitten in München, neben einem Weihnachtsmarkt, auf dem fröhliche Menschen sich auf Weihnachten vorbereiten und möglicherweise keine Ahnung haben, wie andere Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung leben müssen.

Ich kann Ihnen diese Schilderung geben, weil wir diese Unterkunft vor etwa zwei Wochen besucht und mit den Bewohnerinnen und Bewohnern geredet haben. Wir haben uns vor Ort überzeugt, unter welch schrecklichen Bedingungen die Menschen dort hausen müssen. Unsere Beobachtung deckt sich mit der Beobachtung des Prälaten Lindenberger vom Caritas-Verband der Erzdiözese München und Freising. Er hat an alle Fraktionsvorsitzenden des Bayerischen Landtags einen Brief geschrieben. Ich zitiere aus diesem Brief. Der Prälat schreibt:

Die Situation, vor allem in den dicht belegten Containeranlagen, ist oft katastrophal. Die Unterkünfte bestehen meist seit mehr als 15 Jahren. Tausende von Menschen haben sie durchlaufen und abgewohnt. Sie befinden sich oftmals in einem derart heruntergekommenen Zustand, dass nurmehr deren sofortige Beseitigung die Lösung sein kann. Küchen und sanitäre Anlagen, die von einer Vielzahl sich eigentlich fremder Menschen benutzt werden müssen, bedeuten eine Entpersonalisierung und sind auf Dauer kaum in einem zufriedenstellenden Zustand zu halten. Die Enge und die Perspektivlosigkeit begünstigen bei vielen Flüchtlingen, die ohnehin schon eine sehr belastete Biographie mit sich tragen, psychisch zu erkranken und dauerhaft in ihrer Arbeits- und Lebensfähigkeit eingeschränkt zu werden. Das Aggressionspotenzial unter den Bewohnern steigt, je schlechter die Rahmenbedingungen sind. Die Motivation, die Anlage zu pflegen, fällt, je schlechter deren Zustand ist. In gleichem Maße nimmt Vandalismus zu. Kinder wachsen in den Container-Anlagen

auf und werden dort über Jahre hinweg im Lagerleben sozialisiert, mit all seinen Auswirkungen. Auch die Zugangszahlen von Asylsuchenden belegen, dass es keinen Grund geben kann, Menschen weiterhin in Containern unterzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und einer Abgeordneten der SPD)

Im Jahr 2007 waren es nur 19.164 Personen, die in Deutschland Schutz suchten. 2966 davon kamen nach Bayern.

Soweit der Auszug aus dem Brief des Prälaten. Es gibt aber noch weitere Kronzeugen für die unerträglichen Zustände in diesen Container-Lagern, beispielsweise den UN-Menschenrechtskommissar Hammerberg, der die Rosenheimer Straße im Jahr 2006 besucht hat. In seinem Bericht heißt es:

Der Kommissar ist auch besorgt darüber, dass der obligatorische Aufenthalt von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften und die strenge Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, wenn diese über Jahre andauert, möglicherweise nicht in vollem Umfang den einschlägigen Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention entsprechen. Der Kommissar ist jedoch der Auffassung, dass die in der Gemeinschaftsunterkunft in der Rosenheimer Straße in München angetroffenen Lebensbedingungen kaum zufriedenstellend sind. Es ist fraglich, ob die von Hauptverkehrsstraßen umgebenen baufälligen Container, die eine beengte Unterbringung in Mehrbettzimmern auf mehreren Etagen für Alleinerziehende, Familien und unbegleitet eingereiste Minderjährige bieten, im Sinne der EU-Richtlinie 2003/9/EG des Rates als Gemeinschaftsunterkunft geeignet sind, die einen geeigneten Lebensstandard sicherstellt.

Soweit der Menschenrechtskommissar der UN. Es gibt zudem einen einstimmigen Beschluss des Münchner Stadtrats. Er hat beschlossen, dass sowohl die Unterkunft in der Rosenheimer Straße als auch die in der Waldmeisterstraße sofort zu schließen sind.

Ich glaube, diese Hinweise und diese Zeugen sind absolut glaubwürdig. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass diese Missstände Missstände sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und einer Abgeordneten der SPD)

Wenn nun von den Koalitionsparteien heute ein Dringlichkeitsantrag nachgereicht wird, in dem im ersten Satz steht: "... wenn die Vorwürfe über Missstände in den Gemeinschaftsunterkünften an der Rosenheimer Straße und an der Waldmeisterstraße in München berechtigt sind," - Wenn sie berechtigt sind! - "dann sind sie unverzüglich zu schließen ...". Ich fordere die Koalition auf: Ändern Sie diesen Dringlichkeitsantrag. Schreiben Sie hinein: "Die Missstände zeigen auf, dass die Container-Unterkünfte unverzüglich geschlossen werden müssen".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie alle hätten die Möglichkeit gehabt, sich selbst davon zu überzeugen, wie entsetzlich diese Menschen leben müssen. Es ist diesen Menschen keine Sekunde mehr zuzumuten, in diesen Unterkünften zu bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie schreiben, dass Sie, wenn diese Vorwürfe zutreffen, dass Sie dann eine langwierige Untersuchung und Begutachtung dieser Containerunterkünfte beginnen, deren Ende nicht abzusehen ist. Die Menschen, die darin wohnen, müssen diese Zustände dann noch auf unbestimmte Zeit erdulden. Darauf möchten wir uns nicht einlassen.

Im Übrigen haben wir bereits erlebt, dass eine Unterkunft vom Sozialausschuss des Landtags per einstimmigen Beschluss besucht wurde. Von dem Beschluss bis zur Besichtigung sind drei Monate vergangen. In diesen drei Monaten ist hektisch renoviert worden - das waren allerdings nur Schönheitsreparaturen -, um einen guten Eindruck bei den Parlamentariern zu erwecken. Wir möchten nicht, dass sich diese Erlebnisse wiederholen. Und wir wollen auch nicht, dass den Flüchtlingen ein weiteres Leben in diesen Unterkünften aufgrund des zögerlichen Antrags der Koalition zugemutet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte Sie, unserem Dringlichkeitsantrag, der ganz klar fordert, diese Containerunterkünfte *jetzt* zu schließen, zuzustimmen. Es ist kurz vor Weihnachten, liebe Kolleginnen und Kollegen, und wir nehmen den Mund oft sehr voll mit Worten wie Mitmenschlichkeit, Solidarität und Nächstenliebe. Hier können Sie es beweisen. Helfen Sie diesen Menschen, die ansonsten keine Unterstützung haben! Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Ich erteile das Wort der Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Christine Haderthauer.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Im Vorgriff auf die weitere Debatte möchte ich eine kurze Information geben. Die Zustände, die bei der Begehung am 18. November in den Gemeinschaftsunterkünften Rosenheimer Straße und Waldmeisterstraße festgestellt worden sind, halte ich für inakzeptabel. Mir ist wichtig, dass wir alles dafür tun, dass solche Zustände in Zukunft erstens gar nicht mehr entstehen können und zweitens, wenn es Probleme gibt, diese wirksam behoben werden können.

Ich habe mich unverzüglich mit der Regierung von Oberbayern in Verbindung gesetzt, nachdem ich Kenntnis von diesen Zuständen erhalten habe. Ich möchte die Information geben, dass ich die Zusage der Regierung von Oberbayern habe, dass die Containergemeinschaftsunterkünfte Rosenheimer Straße und Waldmeisterstraße geschlossen werden, allerdings nicht heute Abend, weil wir die betroffenen Menschen nicht auf die Straße setzen wollen, sondern, wenn irgend möglich, zum Jahresende. Wir sind dabei auf die Mitwirkung der Landeshauptstadt München angewiesen, die eine Mitwirkungspflicht im Rahmen ihrer Mitverantwortung hat, was einen zeitnahen Abschluss von Mietverträgen für die vorhandenen und infrage kommenden Ersatzunterkünfte angeht. Wir haben nach dem Stadtratsbeschluss aber keine Zweifel, dass eine solche Mitwirkung erfolgen wird. Im November sind Ersatzunterkünfte gemeldet worden.

Ich möchte ferner informieren, dass zum weiteren Vorgehen, damit die Schließung und die Umsiedlung in andere Unterkünfte vor allem im Einklang mit allen Beteiligten erfolgen kann, auf Einladung der Regierung am 9. Dezember ein Runder Tisch einberufen wird, auch mit Vertretern der Landtagsfraktionen, des Betreibers, der Caritas und mit weiteren Interessenten. Mir ist daran gelegen, dass auch das Jugendamt daran teilnimmt; denn es geht auch um die Belange einer Gruppe von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die wir ganz besonders ins Augenmerk nehmen müssen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Bause?

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Ich rede nachher gerne umfassend zu dieser Thematik. Ich wollte der Debatte jetzt aber nicht völlig die Luft nehmen und möchte diese Information vorweggeben, dass die Modalitäten dieser sofortigen Schließung, die wir, wie gesagt, bis zum Jahresende bewältigt haben wollen, an einem Runden Tisch diskutiert werden.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich der Kollegin Bause das Wort.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Ministerin, ich bedanke mich, dass Sie diese Information eindeutig und klar gegeben haben. Deute ich das so richtig, dass damit die Unterstellung in den Antrag der Fraktionen von CSU und FDP hinfällig ist, nämlich dass, wenn erst geprüft werden muss, ob die Vorwürfe zutreffen und erst dann die Container unverzüglich zu schließen sind? Sie haben ja gesagt, diese Missstände sind so. Sie haben sich darüber informiert. Deswegen gehe ich davon aus, dass damit alle unserem Antrag zustimmen können.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Ministerin.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Ich spreche nicht für die Fraktionen. Das wird ein Kollege tun. Ich kann Ihnen nur von meiner Seite aus sagen,

dass ich mich angesichts der Geschichte, die diese Unterkünfte haben, nicht damit aufhalten möchte, im Einzelnen nachzuprüfen, welche dieser aktuellen Missstände Realität sind oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Als Nächstem erteile ich Herrn Unterländer für die CSU-Fraktion das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der menschenwürdige Zustand von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber darf keine Frage von Parteipolitik sein, sondern die Abhilfe von kritisierten und berechtigten Zuständen sollte politische Selbstverständlichkeit werden.

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Wenn Vorwürfe, wie sie festgestellt worden sind, zutreffen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Die von der Ministerin bestätigt worden sind!)

- das, was Sie, Frau Kollegin Ackermann, angesprochen haben - wenn ich an das denke, was von der Caritas und in diesem Zusammenhang auch von Ehrenamtlichen immer thematisiert wird, dann sind bis zur Schließung schnellstmöglich Konsequenzen zu ziehen. Aber ich sage auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema ist insgesamt zu ernst und zu differenziert, als dass man mit einem Schnellschuss, der nicht der tatsächlichen Lage entspricht, wie die ihn Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Antrag definiert hat, alleine reagieren könnte.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in diesem Haus zwar unterschiedliche Auffassungen zum Thema Zuwanderung, aber wir dürfen keine Unterschiede haben, was die menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerbern betrifft.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Unterländer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Joachim Unterländer (CSU): Ja.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte schön.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Unterländer, Sie sprachen soeben von einem Schnellschuss. Halten Sie die Ankündigung der Ministerin, die Unterkünfte bis Ende des Jahres schließen zu wollen, für einen Schnellschuss?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Zwischen "sofort" und "Ende des Jahres" ist ein erheblicher Unterschied. Das möchte ich auch deshalb sagen, weil Sie sich darüber im Klaren sein müssen, dass, wenn Sie sich die Beschluss- und Entscheidungsvorlage der Landeshauptstadt München zu diesem Thema anschauen, es hier, was die alternative Belegung betrifft, sehr wohl notwendig ist, menschenwürdige Ersatzquartiere zu finden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Können Sie überhaupt noch in den Spiegel schauen, Herr Unterländer?)

- Sie haben anscheinend nicht mitbekommen, dass in der Diskussion mittlerweile eine andere Qualität vorherrscht. Sie haben noch Ihre Feindbilder von einer Diskussion, die in diesem Zusammenhang so überhaupt nicht stattfindet. Wir wollen, dass es vernünftige Unterkünfte gibt, und wir wollen diejenigen schließen, die sich als menschenunwürdig erweisen. Da gibt es einen Konsens. Und so, wie Sie herumschreien, haben Sie das anscheinend noch nicht bemerkt.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Unterländer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Joachim Unterländer (CSU): Nein, ich will meine Gedanken zu Ende ausführen. Sie können das im Anschluss anbringen.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns, was die Frage der Unterbringung von Asylbewerbern angeht, überlegen: Sind Container, wie wir sie bisher hatten, in Zukunft der richtige Weg?

(Renate Ackermann (GRÜNE): Nein!)

Ist es möglich, im Bereich der Gemeinschaftsunterkünfte und der Wohnungen zu Alternativen zu kommen? Oder gibt es andere Alternativen?

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

Wir müssen dabei die Wege, wie wir Nationalitäten unter den Asylbewerbern zusammenlegen können, sehr differenziert handhaben. Und wir müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehen, ob es um Kinder und Jugendliche geht, die ohne Eltern und Angehörige gekommen sind, oder um Familien, geeignete Räumlichkeiten haben.

Frau Kollegin Ackermann, ich kann mich an die Besichtigung des sozialpolitischen Ausschusses erinnern, die von Ihnen angesprochen wurde. Es wurde gesagt, dass den Belangen der Familien, die mehr Räume bräuchten, im Rahmen der verfügbaren Räumlichkeiten selbstverständlich entsprochen würde. Ich konnte aber nicht nachvollziehen, dass das tatsächlich erfolgt ist - ich komme darauf in der Konsequenz gleich noch einmal zurück.

Ich möchte bei diesen Überlegungen anregen, dass wir den enormen positiven Ansatz, der sich aus dem bürgerschaftlichen Engagement der Nachbarschaft ergibt, der Gemeinschaften, die sich um Asylbewerberunterkünfte gekümmert haben, gerade aus Kirchengemeinden heraus, auch bei der Schließung und einer Verlagerung aufrechterhalten. Ich weiß von Unterkunftswohnern, die Probleme damit haben, in andere Unterkünfte zu gehen, wenn sie diese Begleitung nicht haben. Das macht es erforderlich, sehr sensibel damit umzugehen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Dann gehen Sie mal sensibel damit um!)

Wir brauchen bei einer Weiterentwicklung ein genaues Hinsehen, was die Kinderbetreuung, die Sprachförderung und die Hausaufgabenbetreuung dieser Kinder anbelangt

-

(Zurufe der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) und Renate Ackermann (GRÜNE))

alles Fragen, die aus unserer Sicht unzureichend geregelt sind und, meine Damen und Herren, die wir sehr wohl - das werden Sie mir zugestehen, Frau Kollegin Ackermann - in der letzten Legislaturperiode im sozialpolitischen Ausschuss diskutiert und als Forderungen festgehalten haben. Ich kritisiere natürlich schon, wenn eine Regierung von Oberbayern dies, was wir im Parlament einstimmig, ohne einen festen Beschluss zu fassen, aber per Protokoll festgehalten haben, ignoriert und nicht umsetzt. Das darf in Zukunft nicht mehr so sein.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nochmals einen Hinweis auf den baulichen Zustand. Die Aussage der Landeshauptstadt München, die übrigens zuständigkeithalber durch das Referat für Gesundheit und Umwelt festgestellt hat, dass keine Seuchen- oder Ansteckungsgefahren bestehen, halte ich für sehr problematisch. Wenn diese Zustände zutreffend sind, kann das gar nicht so sein.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Die sind zutreffend, Herr Unterländer! Das "wenn" können Sie weglassen!)

Deshalb bitte ich nochmals ganz klar festzustellen, dass wir mit der Landeshauptstadt München unbedingt weiter im Gespräch bleiben müssen - die Ministerin hat bereits darauf hingewiesen -, nicht nur, was die Zusammenarbeit bei der Unterbringung anbelangt, sondern auch, was die Zusammenarbeit bei den seuchenrechtlichen Fragen anbelangt.

Deshalb plädiere ich dafür, auch unserem Antrag zuzustimmen, weil er weiter geht als der Ihre.

(Lachen bei der SPD - Renate Ackermann (GRÜNE): Nein! - Zuruf von der SPD:
Ja, von der Zeit her!)

- Lesen Sie ihn bitte.

Wir wollen in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses, die am 11. Dezember stattfinden wird, die Ergebnisse des Runden Tisches, auf den die Frau Staatsministerin bereits hingewiesen hat, einbeziehen. Wir brauchen menschenwürdige Ausweichquartiere für diese Menschen. Wir brauchen eine Klärung der Frage, die gerade von Ihnen thematisiert wurde, ob eine private Wohnsitznahme möglich ist. Es muss geklärt werden, auch im Hinblick darauf, wie mit den Unterkünften umgegangen wird, eine Umsetzung der Anregungen wie von uns infolge dieses Besuchs - hier ist eine Aufarbeitung notwendig - und nach welchen Kriterien die Miethöhe für die jeweilige Einrichtung gestaltet ist. Ich halte es für höchst problematisch und schwer zumutbar, wenn bei Zuständen, wie sie hier geschildert worden sind, solche Mieten verlangt werden.

Ich bitte deshalb, dem gemeinsamen Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion zuzustimmen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Unterländer, bitte verweilen Sie noch einen Moment. Die Kollegin Scharfenberg hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, zu der ich ihr das Wort erteile.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Unterländer, außer Nebelkerzen zu werfen haben Sie gerade nicht viel gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Uns interessiert: Was passiert denn eigentlich mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, zum Beispiel in der Waldmeisterstraße? Halten Sie denn die zeitliche Abfolge, die zu unserem Antrag führte, für einen Schnellschuss? Schon im Frühsommer dieses Jahres waren Abgeordnete der verschiedenen Fraktionen mit Frau Stewens vor Ort, darunter Frau Ackermann und ich. Wir haben uns das angeschaut, haben die Hände über dem

Kopf zusammengeschlagen und haben gesagt: Das kann ja wohl nicht wahr sein. Das war im Frühsommer, und jetzt kommt es zu dem Antrag. Da frage ich: Wie lange wollen Sie denn noch warten, bis Sie endlich handeln?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und warum?)

Wir haben gewartet, und Ihre Ministerin ist tausendmal schneller als Sie, Herr Unterländer. Nehmen Sie sich einmal ein Beispiel.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der Freien Wähler)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Kollegin Scharfenberg, wir wollen eine Umsetzung dessen, was die Ministerin gesagt hat, sodass es verträglich für die Bewohner dort erfolgt. Das kann in der Konsequenz nicht bedeuten, dass es heute Abend der Fall ist, sondern das muss im Rahmen eines entsprechenden Umsetzungskonzepts erfolgen. Und da ist unser Antrag passgenauer als der Ihre.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, sich ein bisschen mehr auf das Thema zu konzentrieren. Dann kann man auch die Zwischenrufe besser hören.

Ich erteile als Nächster der Kollegin Brigitte Meyer für die FDP-Fraktion das Wort.

Brigitte Meyer (FDP): Verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema ist natürlich, wo immer man darüber spricht, mit Emotionen behaftet. Ich muss ehrlich sagen, ich freue mich, dass die GRÜNEN ihren Dringlichkeitsantrag eingebracht haben. Oft haben wir hier schon Anträge behandelt, die diese Beschreibung gar nicht verdient hatten, weil sie nicht dringlich waren.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben die Formulierung "wenn diese Missstände zutreffen" eingebracht, haben uns als FDP das aber auch schon vorher angeschaut. Wir wissen, dass die Zustände so sind. Für uns war die logische Konsequenz, dass diese Unterkünfte dann geschlossen werden. So ist es ja auch und ich freue mich darüber, dass so eine spontane Reaktion der Ministerin stattgefunden hat und dass es so schnell umgesetzt wird.

Ich meine aber, dass wir unseren Antrag aufrechterhalten sollten, weil er noch andere Dinge berücksichtigt. Für mich ist es ganz, ganz wichtig, wo die Bewohner dieser Container nachher untergebracht werden. Für mich ist es auch wichtig, dass sie ortsnah untergebracht werden und sich nicht wieder irgendwo neu eingewöhnen müssen. Man sollte versuchen, in München einen Raum zu finden, in dem sie bleiben können, weil das für sie aus sozialen Gründen wichtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

In unserem Antrag ist also enthalten, dass die Umsiedlung unter Wahrung der Sozialstrukturen erfolgen soll. Außerdem ist für uns noch ein wichtiger Punkt und außerdem Teil des Koalitionsvertrages, dass man darüber nachdenkt, dass Wohnungen als Alternative zur Containerunterbringung dringend notwendig sind.

(Beifall bei der FDP)

Ein Punkt führt immer wieder zu heftigen Diskussionen, nämlich die Mietzahlungen, die zum Teil völlig undifferenziert sind und bei denen man nicht weiß, nach welchen Kriterien sie erhoben werden. Auch das muss überprüft werden. Deshalb wird der Dringlichkeitsantrag sofort in der nächsten Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses behandelt. Es wird also wirklich sofort reagiert.

Das ist ein neuer Stil in diesem Hause. Wir haben heute schon ein paar Mal darüber gesprochen. Was wir heute von Frau Ministerin Haderthauer erlebt haben und dass wir über diesen Antrag abstimmen können, ist ein wichtiges Signal für die Menschen, die in unserem Lande wohnen.

(Beifall bei der FDP)

"Die Würde des Menschen ist unantastbar." So steht es im Artikel 1 des Grundgesetzes. Für uns ist das eine ganz wichtige Aussage. Sie können versichert sein, dass wir das Thema weiter verfolgen werden. Wir werden es nicht verzögern oder im Sande verlaufen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Meyer, bleiben Sie bitte am Pult zur Beantwortung einer Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Kollegin, wir könnten Ihrem Antrag zustimmen, wenn Sie die Unterstellung des ersten Satzes streichen würden. Darin steht "wenn die Vorwürfe über Missstände ... berechtigt sind" sollen die Unterkünfte unverzüglich geschlossen werden. Es ist eine Unterstellung, dass die Vorwürfe unberechtigt seien. Deshalb können wir nicht zustimmen.

Brigitte Meyer (FDP): Ich kann nur für die FDP entscheiden. Wir müssen das mit der CSU abstimmen.

(Lachen bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Margarete Bause (GRÜNE): Vor ungefähr zwei Stunden fragte Frau Kollegin Gote den Kollegen Kreuzer, ob über den ersten Satz verhandelt werden könne. Kollege Kreuzer hat dies strikt abgelehnt. Sollten Sie bereit sein, diesen Satz abzuändern, könnten wir Ihrem Antrag aus vollem Herzen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Meyer.

Brigitte Meyer (FDP): Das passiert schon; es wird verhandelt.

Ich begrüße es sehr, und fasse es als ein gutes Signal auf, wenn alle Fraktionen gemeinsam zustimmen könnten.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächster Rednerin erteile ich das Wort Frau Isabell Zacharias für die SPD-Fraktion.

Isabell Zacharias (SPD): Werter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache meinen Beitrag davon abhängig, was die Kolleginnen und Kollegen der Koalition entscheiden werden. Wenn Sie diesen unsäglichen Satz - -

(Zuruf von der CSU: Wieso unsäglich?)

- Das sage ich Ihnen gerne, Herr Kollege.

Das ist eine infame Unterstellung, die Ihre Ministerin zurechtgebogen hat. Herzlichen Glückwunsch, Frau Haderthauer. Ich finde es großartig, dass Sie sofort die Gunst der Stunde erkannt haben und aus humanitären Gründen zu Recht sagen, die beiden Gemeinschaftsunterkünfte müssen geschlossen werden. Ich danke Ihnen im Namen der Bewohner dieser Unterkünfte und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Sollte der Satz in dem Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP bleiben, wird die SPD dem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen. Herr Unterländer, obwohl Ihre Ministerin wunderbar spontan das Richtige gesagt hat zur Schließung - ich hoffe, Sie hören mir zu -,

(Joachim Unterländer (CSU): Ja.)

haben Sie sieben oder acht Minuten lang Ihre inhaltsbefreiten Ausführungen dargelegt.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Ich warte immer noch darauf, ob der überflüssige erste Satz gestrichen wird. Bekomme ich ein Zeichen? - Wenn der Satz nicht gestrichen wird, können wir dem Dringlichkeits-

antrag nicht zustimmen. Dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN werden wir uns mit voller Überzeugung anschließen können. Ich muss nicht noch einmal ausführen, warum wir das aus humanitären Gründen tun, und ich möchte nicht ausführen, was Kollegin Ackermann sehr schön dargestellt hat. In den weihnachtlichen Zeiten muss es uns eine Herzensangelegenheit sein, solche Zustände in ganz Bayern abzuschaffen - nicht nur in München.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächstem Redner erteile ich das Wort Herrn Prof. Dr. Piazzolo für die Freien Wähler.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir die ganz kurze Zwischenfrage: Hat sich etwas an den Dringlichkeitsanträgen verändert? Außer denen, die verhandelt haben, weiß niemand Bescheid.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Der neue Antragstext lautet: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, 1. wegen der Missstände in den Gemeinschaftsunterkünften an der Rosenheimer Straße und an der Waldmeisterstraße in München diese schnellstmöglich zu schließen" ...

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Herzlichen Dank für die Klarstellung, weil das einiges an dem ändern wird, was ich trotz alledem fragen werde. Die letzten Minuten waren ein Trauerspiel. Bedenkt man, wie schnell man über zehn Milliarden Euro für die Landesbank abstimmt, und wie lange man braucht, um über solche Zustände und schon vorliegende Anträge abzustimmen, ist das ziemlich traurig.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das Wort "Dringlichkeit" passt, dann in diesem Fall. Wir haben hier schon über andere Dinge geredet, die nicht ganz so dringlich

waren. Hier geht es um die Adjektive "katastrophal" und "untragbar". Es geht um Gestank, Lärmpegel, Kälte. Es geht um Ratten. Ich meine, dringlicher kann es nicht sein, sich darüber zu unterhalten und zuzustimmen. Deshalb danke ich Ihnen, dass Sie sich dazu durchringen konnten, Ihrer Ministerin, der Sie nun doch Glauben geschenkt haben, zu folgen und den Antrag umzustellen.

Die Freien Wähler haben sich in der Fraktion auch überlegt, ob der Sachverhalt stimmt, der hier beschrieben wird. Andererseits sind wir gar nicht die Ersten, die darüber nachdenken. Ich bin auch als Stadtrat in München tätig. Auch dort hat man darüber nachgedacht und die entsprechenden Schlüsse gezogen. Jetzt denkt auch die Regierung schon eine ganze Weile darüber nach. Ich könnte mir vorstellen, dass sich die CSU mit ihren Kollegen im Stadtrat und der FDP im Stadtrat kurzschließt. Ich kann Ihnen gerne die Telefonnummern und die Erreichbarkeit der Kollegen im Stadtrat geben. Dann geht das etwas schneller.

Die Freien Wähler sind sich jetzt darin einig, beiden Dringlichkeitsanträgen zuzustimmen. Als einziges stört mich noch die Formulierung "anderweitig menschenwürdig und möglichst unterkunftsnah unter Wahrung der Sozialstrukturen unterzubringen". Was ist damit gemeint? Das ist mir nicht ganz klar. Wollen Sie, dass die Ratten mitziehen? Was meinen Sie mit "Sozialstruktur"?

Wir hoffen und würden es begrüßen, wenn wir zumindest bis spätestens Weihnachten diese Unterkünfte geschlossen haben werden. Insofern kündigen wir an, dass die Freien Wähler dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zustimmen werden. Den Antrag der CSU, wie er jetzt vorliegt, werden wir auch unterstützen können, weil er in einigen Teilen durchaus Sinnvolles behandelt.

(Beifall bei den Freien Wählern.)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als der letzten Rednerin in dieser Runde erteile ich der Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Frau Hadert-hauer, das Wort.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Ich möchte ein paar Bemerkungen anschließen, weil in dem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP das Thema ausführlicher behandelt wird. Zu den Gemeinschaftsunterkünften an der Rosenheimer Straße und an der Waldmeisterstraße in München habe ich mich schon geäußert. Zunächst einmal halte ich es für wichtig, zu sagen, dass der Vollzug des Asylbewerberleistungsgesetzes - Bundesrecht - in vollem Umfang auf die Regierungen delegiert ist. Die Regierungen suchen den Wohnraum aus, die Regierungen mieten die Objekte an, die Regierungen sorgen für die Personalausstattung und schließen die Gemeinschaftsunterkünfte eventuell auch wieder. Die Gemeinden und Landkreise haben eine erhebliche Mitwirkungspflicht bei der Suche nach Wohnobjekten vor Ort, und die Wohlfahrtsverbände übernehmen natürlich die wichtige soziale Betreuung vor Ort.

Trotz der Tatsache, dass der Vollzug an die Regierungen delegiert ist, ist natürlich mein Haus die übergeordnete Behörde. Es war mir aber dennoch wichtig, das klarzustellen, weil ich vorhin davon gesprochen habe, dass im Zusammenwirken mit der Regierung diese Schließung beschlossen wurde.

Zweitens. Ich will, dass wir möglichst bald auf alle Container verzichten können

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

und prioritär auf die Metallcontainer. Wir haben außer den beiden, die Sie in Ihrem Antrag erwähnt haben, in München diese Unterkünfte auch noch im Dreilingsweg und in der Prager Straße.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum begrüße ich den CSU/FDP-Antrag, weil er breiter ansetzt mit einem Bericht über die Situation, warum man überhaupt Container hat, und eine Lösung angegangen wird, wie wir mit dem Problem in Zukunft umgehen.

Ich halte es für wichtig, dass wir uns darüber klar werden, dass es eine generelle Abschaffung der Gemeinschaftsunterkünfte nicht geben kann. Wir haben im Bundesrecht

das Asylbewerberleistungsgesetz. Darin ist vorgesehen, dass die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft der Regelfall ist. Wir werden uns über die Einzelheiten - es gibt auch Ausnahmemöglichkeiten - im Laufe des Verfahrens noch unterhalten. Aber auch das Sachleistungsprinzip schreibt uns das Bundesrecht vor.

Ich möchte zum Schluss noch darum bitten - das fände ich bei diesem Thema sehr schön -, dass wir möglicherweise zu einer einstimmigen Unterstützung des CSU/FDP-Antrags kommen, in der jetzt neuen Formulierung. Das wäre auch als Grundlage wichtig für die weitere Diskussion dieses Themas hier im Landtag für das, was die Fraktionen der CSU und FDP machen wollen, nämlich das Thema insgesamt anzugehen, auch im Rahmen eines Berichts. Das Konzept, das die Regierung für die weiteren Container entwickelt hat, soll in die Meinungsbildung mit einfließen.

Ich möchte mich deshalb bei der Fraktion der CSU und der Fraktion der FDP für diesen weitergehenden Antrag herzlich bedanken.

Noch ein Wort zum Schluss: Eine sofortige Schließung möchte ich nicht, weil es nicht im Interesse der Betroffenen wäre, sondern ich möchte den Runden Tisch am 9.12. und eine Schließung zum Jahresende. Das ist durchaus ein Unterschied.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Geschäftsleitend darf ich Ihnen bekanntgeben, dass auch der Dringlichkeitsantrag 16/101 in der Zwischenzeit abgeändert wurde. Das Wort "sofort" wurde durch das Wort "schnellstmöglich" ersetzt. Die beiden Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CSU haben daraufhin beide auf die namentliche Abstimmung verzichtet.

(Thomas Kreuzer (CSU): Und auf die Begründung ist verzichtet worden!)

Und es wird mir signalisiert, dass zusätzlich die GRÜNEN auf ihre Begründung verzichtet haben, sodass nur der Antragstext übrig bleibt.

Damit komme ich zur Abstimmung über die beiden Anträge. Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/101 abstimmen. Ich darf diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, um das Handzeichen bitten. - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf nun den Antrag auf Drucksache 16/112 aufrufen. Das ist der Antrag von CSU und FDP zum gleichen Thema. Wer dem Antrag in der geänderten Fassung wie vorhin vorgetragen, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Kollegin Bause möchte eine persönliche Erklärung zur Abstimmung abgeben.

Margarete Bause (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, es ist mir ein Bedürfnis, meine Freude über diese einstimmige Lösung auszudrücken. Ich glaube, es ist ein Freudentag für all die Menschen, die seit Jahren in diesen Unterkünften leben müssen, dass wir heute gezeigt haben, Menschlichkeit in Bayern ist nicht ganz verloren. Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Bause.

Wir fahren fort mit der Beratung der Dringlichkeitsanträge.